

„Wir verstehen uns als Stimme der jungen Wirtschaft.“

Die Wirtschaftsjuvenen Deutschland repräsentieren junge Führungskräfte mittelständischer Firmen, die gemeinsam 300.000 Arbeits- und 35.000 Ausbildungsplätze stellen und einen Umsatz von mehr als 120 Milliarden Euro erwirtschaften. bdvb Präsident Willi Rugen sprach mit der amtierenden Bundesvorsitzenden Denise Schurzmann.

bdvb aktuell: Frau Schurzmann, Sie haben die WJD im zurückliegenden Jahr als Präsidentin angeführt und wurden zum Jahreswechsel Ehrenpräsidentin – dazu herzlichen Glückwunsch! Bevor wir in das Gespräch einsteigen: Könnten Sie unseren Leserinnen und Lesern in aller Kürze erklären, was die Wirtschaftsjuvenen sind?

Denise Schurzmann: Die Wirtschaftsjuvenen sind junge Unternehmerinnen, Unternehmer und Führungskräfte unter 40 Jahren. Organisiert sind wir in 214 Kreisen in ganz Deutschland, untergliedert in elf Landesverbände. Wir verstehen uns als Stimme der jungen Wirtschaft und als Netzwerk für persönliche Weiterentwicklung, gesellschaftliches Engagement und die politische Debatte. Auf internationaler

Ebene sind wir Mitglied des JCI (Junior Chamber International) Netzwerks, in dem wir uns grenzübergreifend mit Partnerverbänden austauschen. Insgesamt vertreten wir rund 8.000 aktive Mitglieder unter 40 und noch einmal ebenso viele Fördermitglieder, die zwar über 40 sind, aber weiterhin wichtige Ansprechpartner in unserem Netzwerk darstellen.

Stichwort „gesellschaftliche Debatte“: In diesen Tagen gibt es besonders viele Anlässe, um sich zu engagieren, sich einzubringen oder um als Verband oder Interessensvertretung politische Stellung zu beziehen. Was sind derzeit die wichtigsten Themen für Sie?

Denise Schurzmann: Ich finde es sehr wichtig, dass wir uns mit unserer Perspektive als junge Generation einbringen – schließlich sind wir

diejenigen, die unter den heute geschaffenen Voraussetzungen noch viele Jahrzehnte zu wirtschaften haben. Da wir branchenübergreifend tätig sind, ist das Themenspektrum extrem vielfältig. Von aktuellen Fragen wie der, wie wir ganz praktisch durch die gegenwärtige Energiekrise kommen, bis hin zu Dauerbrennern wie Bürokratieabbau, Fachkräftemangel, Gründungsklima und vielem mehr.

Willi Rugen: Ich denke auch, wir hatten selten eine Zeit, in der die Stimme von Fachleuten und betroffenen Gruppen mehr gefragt war als heute. Die aktuellen krisenhaften Entwicklungen betreffen uns als Verband ebenso. Was im Moment in Berlin politisch beraten wird, ist durchaus spannungsgeladen. Auf der einen Seite haben wir ein Bürgergeld, das – wie die Opposition aus meiner Sicht zu Recht kritisiert – zu wenig



Über die Gesprächspartnerin

Denise Schurzmann ist Geschäftsführerin der Krause Industrieschaltanlagen GmbH in Raubling und Bundesvorsitzende der Wirtschaftsjunioren. Sie zählt zu den Top 25 Frauen, die von Business Insider als „Zukunftsmacherinnen“ gewählt wurden. 2015 übernahm sie noch während des Studiums das mittelständische Unternehmen ihres Vaters, nachdem dieser an Leberkrebs gestorben war. 2021 wirkte sie als stellvertretende Vorsitzende der Wirtschaftsjunioren, 2022 dann als Bundesvorsitzende. In 2023 wird sie Ehrenvorsitzende des Verbandes.



Anreize setzt, eine Arbeit aufzunehmen. Auf der anderen Seite kennen wir seit November die Vorschläge des Sachverständigenrats, der durchaus überraschend fordert, Leistungsträger mehr zu belasten. Und das ist genau der Punkt, der den bdvb umtreibt: Wir stellen uns schon die Frage, wer die aktuell geplanten Hilfsmaßnahmen bezahlt. Wir können ja nicht alles der nächsten Generation überlassen, das findet unserer Ansicht nach in der aktuellen Diskussion über Rettungspakete noch zu wenig Beachtung. Wir wollen, dass die Belastungen finanziell beherrschbar bleiben. Dass wir sie wieder zurückführen können, statt sie auf den Schultern unserer Kinder abzuladen – zumal wir ja auch die Altersversorgung reformieren müssen, um die Rente auch zukünftig sicher zu machen, Stichwort Aktienrente und kapitalgedeckte Versorgung.

Wie beurteilen denn die Wirtschaftsjunioren die Politik aus Berlin? Sie beobachten die Entwicklungen genau, ist anzunehmen?

Denise Schurzmann: Definitiv, diese Themen betreffen uns ja unmittelbar. Darum machen wir uns große Gedanken. Genau deshalb bemühen wir uns um einen regen Gedankenaustausch mit der Politik. Zum einen mit dem Wirtschaftsministerium, zu dem wir ein außerordentlich gutes Verhältnis haben, intensiver als in allen zurückliegenden Jahren. Wir sind in vielen Abstimmungsrunden vertreten und werden gehört. Am 15. Dezember stellten wir einen gemeinsam mit dem Ministerium und anderen Verbänden ausgearbeiteten Aktionsplan „Mittelstand, Klimaschutz und Transformation“ der Öffentlichkeit vor. Zum anderen veranstalten wir jedes Jahr unseren „Know-how-Transfer“: 2022 haben 120 unserer Mitglieder in diesem Rahmen eine Woche lang je einen Abgeordneten im Bundestag bei der Arbeit begleitet, viele interessante Einblicke erhalten und Gespräche geführt. Was die aktuell geplanten Maßnahmen angeht, sorgen wir uns allerdings um akute, marktwirtschaftliche Effekte. Wir sehen, dass viele Unternehmen

jetzt und nicht erst im März Unterstützung benötigen, weil sie sonst Probleme mit der Liquidität bekommen. Andererseits ist klar, dass die notwendigen Hilfen irgendwann wieder wegfallen müssen, gerade im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit. Ziel sollte es nicht sein, dysfunktionale Geschäftsmodelle künstlich am Leben zu halten, sondern effizient und unbürokratisch Stützpfeiler mittelständischer Wirtschaft zu entlasten. Unsere Mitglieder äußern sich in Befragungen übrigens recht klar hierzu: Eine Mehrheit von 76 Prozent hat sich kurz nach dem Beginn des Ukraine-Krieges gegen kurzfristig angelegte Hilfsmaßnahmen ausgesprochen und zieht – auch und gerade in der Energiepolitik – langfristig und nachhaltig angelegte Maßnahmen vor.

Sie haben eben den Fachkräftemangel als wichtiges Thema angesprochen...

Denise Schurzmann: Der Fachkräftemangel ist bereits heute existenziell und wird uns ebenfalls noch lange begleiten. Deshalb ist Ausbildung an sich für uns ein zentrales Anliegen. Im November 2022 haben wir beispielsweise die „Ausbildungs-Asse“ gewürdigt – das sind Betriebe, die in der beruflichen Bildung Hervorragendes leisten. Darüber hinaus engagieren wir uns in Schulen, etwa mit unserem Quiz „Wirtschaftswissen im Wettbewerb“, das frühzeitig Interesse an wirtschaftlichen Fragestellungen weckt und ökonomische Fakten vermittelt. Und nicht zuletzt veranstalten wir das Format „Ein Tag Azubi“, in dessen Rahmen benachteiligte Jugendliche in die Ausbildungsbetriebe gehen und den Azubis über die Schulter schauen können.

Willi Rugen: Das sind tolle Initiativen! Auch uns ist die Investition in Fachkräfte wichtig. Verbunden damit, dass wir Menschen befähigen, Verantwortung für ihre Zukunft zu übernehmen. Dafür braucht es entsprechende Kenntnisse und eine fundierte ökonomische Grundbildung, die bereits in der Schule vermittelt wird, so wie sie es mit ihrem Quiz tun. Wir engagieren uns zum gleichen Zweck im Bündnis für Ökonomische Bildung. Vielleicht noch eine zusätzliche Bemerkung meinerseits: Ich hatte vor einigen Monaten ein Gespräch mit Hans Peter Wollseifer, dem Präsidenten des Zentralverbands des Deutschen Handwerks. Er sprach von der Bildungswende, die wir brauchen. Das beginnt damit, dass die duale Bildung im Vergleich zum Hochschulabschluss wieder mehr gesellschaftliche Anerkennung erfahren muss – nur das wird letztlich dazu führen, dass Menschen sich für den Weg ins Handwerk und nicht in die Universität entscheiden. Außerdem bräuchten wir Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Wie positionieren sich denn die Wirtschaftsjunioren zu diesen Themen?

Denise Schurzmann: Wir sehen das genauso. Das Ansehen der Ausbildung muss sich verbes-

sern. Es gibt Studien, die belegen, dass handwerkliche Berufe oder klassische Ausbildungsberufe in puncto Entlohnung oft zu den Karrieren mit Hochschulabschluss aufgeschlossen haben. Es geht längst nicht mehr nur um Geld. Es muss sich gesellschaftlich etwas tun – hier sind unter anderem Lehrer und Eltern gefragt, um Ausbildungsberufe bekannter zu machen und sie bei der Zukunftsplanung gleichermaßen in den Fokus zu nehmen. Die Situation ist ja durchaus paradox: Wenn man ins Ausland reist, stellt man fest, dass man uns in vielen Ländern um die duale Ausbildung beneidet. Bloß in Deutschland selbst scheint sie nicht attraktiv genug. Was den zweiten Punkt angeht, so haben wir in diesem Jahr einen Fünf-Punkte-Plan vorgestellt. Darin haben wir klar formuliert, dass wir Einwanderung benötigen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Diese Erkenntnis ist nicht neu – woran hapert es denn Ihrer Meinung nach?

Denise Schurzmann: Es muss sich einiges verändern. Das beginnt schon mit der Sprache. Warum benutzen wir noch den ausgrenzenden Begriff „Ausländeramt“? Wieso nennen wir das nicht einfach Integrationsamt, das käme der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe dieser Behörde wesentlich näher und wäre ein Stück Willkommenskultur und Wertschätzung gegenüber den Menschen, die wir so dringend brauchen. Es muss außerdem klar sein, dass Mitarbeitende in solchen Ämtern Englisch beherrschen müssen. Und nicht zuletzt müssen wir über die Verfahrensdauer sprechen: Wenn ich als Unternehmerin Monate investieren muss, um eine Fachkraft ins Land zu holen, dann läuft etwas verkehrt. Schließlich – auch hier sehen wir eine unserer zentralen Aufgaben – müssen wir den Gedanken des Diversity Managements sowohl in die Behörden als auch in die Unternehmen tragen. Wir müssen der Vielfalt verschiedenster Lebenskonzepte Raum geben, wenn wir für Einwanderer attraktiv sein möchten. Nur dann wird auch die Integration gelingen. In diesem Jahr haben wir dem Thema Diversity daher eine Projektwoche gewidmet, und schon zum zweiten Mal mit einer Kampagne für die Beschäftigung mit Vielfalt in der Wirtschaft geworben.

Willi Rugen: Da sind wir beim bdvb ganz ähnlich unterwegs. Wir haben gerade einen Ausschuss „Diversity“ ins Leben gerufen, um das Ganze systematisch anzugehen und zu schauen, wo es hakt. Aber ich sehe da noch ein anderes wesentliches Problem: das Verfahren. Ich glaube, die Anerkennung von Abschlüssen ist ein großes Problem. Die Gleichwertigkeitsprüfung steht einer Einwanderung oft im Weg oder verzögert sie. Hier muss die Frage zumindest erlaubt sein, ob eine solche Prüfung wirklich immer erforderlich ist. Wozu brauchen wir sie beispielsweise bei Berufen, die nicht reguliert sind? Warum überlassen wir es nicht dem

Unternehmer, die Entscheidung über die Qualifikation eines Bewerbers zu fällen? Hier könnten die betroffenen Arbeitgeberverbände möglicherweise aktiver werden.

Denise Schurzmann: Da gebe ich Ihnen voll und ganz Recht. Letztendlich müssen wir Bürokratie abbauen, wo es nur geht. Die Digitalisierung in der Verwaltung vorantreiben und wirklich papierlos werden, ohne Medienbrüche. Unternehmer fühlen sich hier oft alleingelassen, während sie auf die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis potenzieller Mitarbeiter warten.

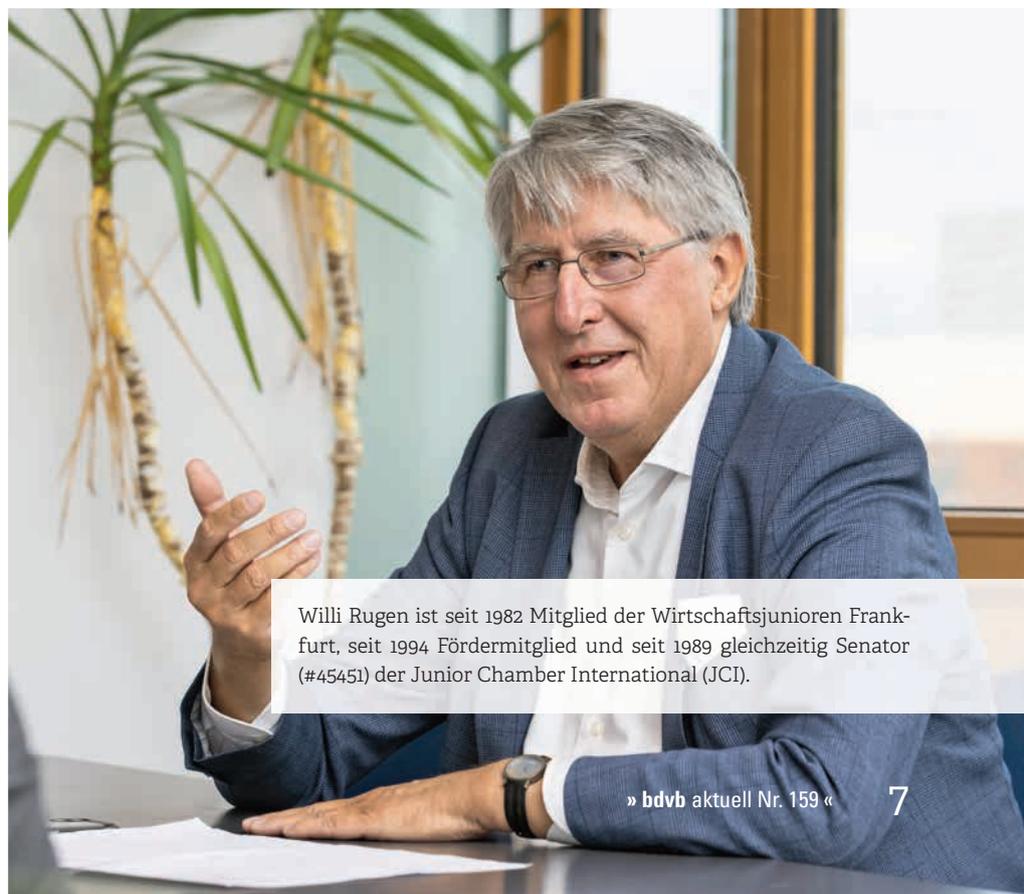
Unternehmen sind der Motor von Innovation und oft wird Deutschland für mangelndes Gründerklima oder Innovationsfeindlichkeit kritisiert. Frau Schurzmann, Sie sind ja selbst Unternehmerin und viele Mitglieder der Wirtschaftsjunioren sind es ebenfalls. Wie beurteilen Sie, wie beurteilen die WJD dieses Thema?

Denise Schurzmann: Tatsächlich mahnen wird immer wieder an, dass die Gründung im Vergleich zu anderen Ländern – auch in Europa – noch zu schwierig ist. Jenseits unserer Grenzen kann man bereits innerhalb von 48 Stunden startklar sein. In Deutschland höre ich immer wieder von Fällen, in denen sich die Gründung über Monate hinzieht. Allein eine Steuernummer zu erhalten, dauert manchmal gefühlte Ewigkeiten. Hier legen wir den Finger in die Wunde, das muss einfach schneller gehen. Gleichzeitig bin ich aber unendlich stolz, dass wir so viele Mitglieder haben, die gründen oder sich neu orientieren – gerade in der aktuellen Krise. Über einen Mangel an unternehmerischem Potenzial, Flexibilität oder Innovationsgeist kann Deutschland meines Erachtens nicht klagen.

Willi Rugen: Diese drei Eigenschaften werden in der nahen Zukunft auch notwendig sein, denn unsere Wirtschaft steht vor sehr großen Herausforderungen, ein paar davon haben wir ja angesprochen: Fachkräftemangel, Diversity, Digitalisierung, nicht zu vergessen der Kampf gegen den Klimawandel. Aktuell stehen wir – der bdvb befasst sich in diesem Jahr sehr intensiv damit – vor der Frage, ob die Globalisierung wie wir sie kennen, nicht ein Auslaufmodell ist. Das alles sind Entwicklungen, denen sich Unternehmen stellen müssen – auch Ihre Mitglieder.

Denise Schurzmann: Auf jeden Fall. Wir brauchen resilientere Lieferketten für Industrie, Mittelstand und Handwerk. Da spielt der gesamtgesellschaftliche Wandel eine große Rolle. Wir müssen lernen, dass das günstigste Produkt nicht immer das Beste ist, sondern dass Wertschöpfung in Deutschland und Europa zwar zu höheren Preisen führt, aber genauso zu mehr Stabilität. Wir müssen zudem über das Thema „New Work“ reden, denn unsere Arbeitswelten verändern sich zusehends. Unsere Mitglieder treiben die Diskussion hierzu voran, denn wir sind die erste Generation, die mit neuen Medien und den sich rapide wandelnden Arbeitswelten aufgewachsen ist. Es wird spannend sein, zu beobachten, wie Familienunternehmen sich hinsichtlich Führungsstrukturen, Digitalisierung und Nachhaltigkeit verändern, wenn die Jüngeren das Ruder übernehmen. Wichtig ist: Um den Wandel zu meistern, brauchen wir ein Belastungsmoratorium. Die Unternehmen dürfen nicht mit noch mehr Bürokratie an ihrer Entwicklung gehindert werden.

Frau Schurzmann, Herr Rugen, vielen Dank für dieses Gespräch!



Willi Rugen ist seit 1982 Mitglied der Wirtschaftsjunioren Frankfurt, seit 1994 Fördermitglied und seit 1989 gleichzeitig Senator (#45451) der Junior Chamber International (JCI).